

HERBERT MARZIAN

## Wissenschaft und Oder-Neiße-Linie

In den letzten Jahren haben sich in der deutschen Öffentlichkeit mehrfach Stimmen zu Wort gemeldet, welche mehr oder minder offen einen Verzicht Deutschlands auf seine Ostprovinzen jenseits von Oder und Neiße empfehlen. Sie bedienen sich dabei theologischer oder ethischer, juristischer oder politologischer Argumente, ohne dabei recht zu bedenken, daß mit den gleichen Argumenten auch eine dauernde Hinnahme der Elbe-Werra-Linie begründet werden kann. Tatsächlich gibt es im westlichen Ausland nicht einflußlose Kreise, welche von uns Deutschen fordern, wir sollten uns wortlos, wenn nicht sogar ausdrücklich mit der Teilung unseres Landes abfinden.

Allein schon die logischen Konsequenzen solcher in der innerdeutschen Öffentlichkeit laut gewordenen Empfehlungen sowie das unvermeidbare zustimmende Echo, das sie im Ausland finden, sollten die Gefährlichkeit dieser politischen Sandkastenspielereien jedermann warnend vor Augen führen. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist eine sehr schwere politische Aufgabe, welche nicht durch Resignation und Passivität zu lösen sein wird.

## HERBERT MARZIAN

Müssen diese Feststellungen nun aber bedeuten, daß wegen des unverkennbaren außenpolitischen Schadens, den gewisse Äußerungen, Memoranden usw. zur Oder-Neiße-Frage anrichten, überhaupt keine Diskussionen über diese wichtige Teilfrage des deutschen Wiedervereinigungsproblems stattfinden dürfen oder können? Tatsächlich besteht keineswegs irgendein Gesprächstabu für fundierte und verantwortungsbewußte Erörterungen. Wer vorgibt, daß ein derartiges Tabu bestünde, welches er nun mit seinen Ansichten und Vorschlägen bewußt durchbreche, erweckt bei dem kundigen Beobachter nur den Eindruck, daß er sich im Stile einer heldischen Pose als wahrer „Realist“ und Verächter böser Verzauberungen empfehlen möchte. Denn willentlich oder unwissend wird mit solchen Kunststücken die Tatsache unterschlagen, daß in den verschiedensten wissenschaftlichen Sparten seit Jahren eine sachkundige Diskussion über die Probleme geführt wird, welche durch die Oder-Neiße-Frage aufgeworfen sind. Da gibt es völkerrechtliche Arbeiten, von denen hier nur die Schrift von Prof. Dr. *Herbert Kraus* (Köln 1959) genannt sei. Auch im theologischen Raum gibt es nicht nur meist recht sektiererisch anmutende Bestrebungen, die mit den Heiligen Schriften in der Hand politische Verzichtsvorschläge machen und sich übrigens neuerdings auch mit der kommunistischen Prager Friedenskonferenz begegnen, sondern Autoren wie Prof. D. *Künneth*, Oberlandeskirchenrat *Carl Brummack* und *Ulrich Wilkens* und andere. Die Wissenschaft hat also die ihr von der Sache her gestellte Aufforderung zur Äußerung angenommen.

Neuerdings haben sich in dieses Gespräch auch Politikwissenschaftler eingeschaltet. Dabei ist ein Dilemma deutlich geworden, vor das sich diese junge Wissenschaft stets geteilt sieht. Es handelt sich um die Grenze zwischen Wissenschaft und Politik, die allzu leicht überschritten wird, weil man nicht bedenkt oder sogar nicht wahrhaben will, daß Politik ein Handeln unter Bedingungen ist, die einer wissenschaftlichen Systematisierung entzogen sind.

*Artur Saternus* hat kürzlich (Heft 3/1964) in dieser Zeitschrift mit Recht darauf hingewiesen, daß der Verfasser einer politologischen Universitätsschrift (*Georg Bluhm*, Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik) mit seinem Vorschlag, die Bundesrepublik solle vertraglich gegenüber den Westmächten eine Art von Vorverzicht auf die deutschen Ostprovinzen leisten, auf Kritik stoßen werde, „weil er über die Grenzen des Wissenschaftlichen hinaus in das Gebiet der praktischen Außenpolitik übergreift, die ja mit wechselnden Situationen arbeitet, in denen morgen falsch sein kann, was heute rein rationell als richtig erscheint“.

Tatsächlich ist es historisch erhärtet und für unsere Generation ein unbestreitbares Gegenwartserlebnis, daß der politische Raum nicht statisch erstarrt, sondern dynamisch bewegt ist. Was manche Gelehrte noch vor einigen Jahren energisch bestritten, nämlich die Wahrscheinlichkeit eines russisch-chinesischen Antagonismus, ist heute eine Tatsache. Deshalb müssen alle solchen politologischen Untersuchungen fehlgehen, welche politische Situationsanalysen mit dem Anspruch auf Geltung für eine längere Zeit versuchen. Ein solcher Anspruch auf dauernde Geltung muß vielmehr die Fähigkeit zu einer sofortigen Korrektur einer erstellten Analyse aufgrund neuer Entwicklungen lähmen, muß wirklichkeitsfremde Entschlüsse hervorrufen, kann sogar in den Irrweg einer dogmatisch verhärteten oder ideologisch verzerrten Politik führen. Die Weltpolitik ist auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht zu einem berechenbaren Kausalprozeß geworden. Unabschätzbar bleibt der im Menschen liegende Unsicherheitskoeffizient, der sich aus der Irrationalität und vor allem der Willensfreiheit des Menschen ergibt. Deshalb kann jede Situationsanalyse stets nur einen hypothetischen Charakter haben, es sei denn, man wolle ein metaphysisches Sakrileg begehen und die Einsicht des Demiurgen in Anspruch nehmen.

Jeder Politiker muß und wird für zuverlässige Situationsanalysen dankbar sein, weil sie ihm die tagespolitische Entscheidung erleichtern helfen. Er würde aber einen groben Fehler begehen, wenn er seine Entscheidungen lediglich den feststellbaren oder vermuteten politischen Entwicklungen in der Welt anpassen würde. Denn ein solches Verhalten würde ihn unweigerlich von seinem politischen Ziel entfernen oder gar ein Erreichen dieses Zieles unmöglich machen. Gute Politik muß vielmehr stets bestrebt sein, durch aktives Einwirken günstige politische Entwicklungen und Strömungen zu benutzen oder schädliche Einflüsse und Bestrebungen abzuwehren. Politik ist Handel auf ein Ziel hin. Vornehmstes Ziel deutscher Politik ist aber die Wiedervereinigung.

Der deutschen Wiedervereinigungspolitik steht u. a. eine polnische Propagandathese entgegen. Diese These ist nun auch von *Georg Blum* des breiteren erörtert worden, ohne daß er allerdings ihren politischen Ursprung ausdrücklich mitteilt. Leider ist sie auch auf *Artur Saternus* nicht ohne Eindruck geblieben. Aber gerade an der Stellungnahme zu dieser These werden die schweren Mängel dieser Art politologischer Methodik offenkundig.

Die polnische These will der Weltöffentlichkeit die Annexion der Oder-Neiße-Gebiete durch Volkspolen mit dem Argument plausibel machen, daß diese Gebiete angeblich „lebensnotwendig“ für Volkspolen seien. Zu diesem Zweck werden Statistiken bemüht, die einen mehr oder minder hohen Anteil dieser Gebiete an der Wirtschaft, Bevölkerungsstruktur usw. Volkspolens nachweisen sollen.

Vor einer Anerkennung dieser volkspolnischen Propagandathese sollte allein schon die historische Erinnerung daran warnen, daß das totalitäre Regime, das 1945 in Deutschland zusammenbrach, mit dieser vor allem unter dem Motto „Lebensraum“ bekannten These zu arbeiten und seine annexionistischen Territorialforderungen über jede legitime Grundlage hinaus zu begründen pflegte. Ferner bedeutet diese These im Grunde doch nichts anderes als die jedem Rechtsdenken diametral zuwiderlaufende Aufforderung, dem Räuber seine Beute zu lassen, sobald er sie nur längere Zeit in seiner Gewalt gehabt und er sich ihrer zunehmend bedient habe. *Hitler* wäre übrigens laut dieser These berechtigt gewesen, mit der Begründung, osteuropäische Gebiete seien als „Lebensraum“ für das deutsche Volk notwendig, die Eroberung und Annexion dieser Gebiete, die Vertreibung und Ausrottung ihrer Menschen zu veranlassen; er hätte für sein Vorgehen nur deshalb keine Anerkennung gefunden, weil es ihm nicht gelang, die Früchte seiner Gewalttaten lange genug in der Hand zu behalten.

Wenn uns heute also diese politische Kampfthese — nunmehr von Warschau verwandt — erneut entgegentritt, dann sind wir in ganz besonderem Maße aufgefordert, der vornehmsten wissenschaftlichen Pflicht zu genügen, nämlich diese Kampfthese auf ihre Haltbarkeit zu prüfen. Da wäre einmal die grundlegende Untersuchung anzustellen, ob eine derartige These überhaupt zeitgemäß ist. Die Antwort wird wohl sein müssen, daß es sich um ein Relikt aus der Wirtschaftsweise der Nomadenvölker handelt, bei denen der Lebensbedarf infolge des Mangels an intensiver Landnutzung durch immer weiter ausgreifende Eroberungen gedeckt wurde. Sie ist dann zu einem Motiv und einer Begründung imperialistischer Politik geworden, welche eine Steigerung der staatlichen Potenz durch Expansion und nicht durch Intensivierung zu erreichen suchte. In unserer Gegenwart, in der ein leistungsfähiges System weltwirtschaftlicher Ergänzungen und volkswirtschaftlicher Rationalisierungen sowie Intensivierungen entwickelt worden ist, bedarf es der Landnahme auf Kosten des Nachbarn nicht mehr, um zu einer befriedigenden Volkswirtschaft zu kommen.

Die Unhaltbarkeit dieser These würde sich aber auch aus einer exakten Nachprüfung der statistischen Angaben ergeben. Denn Volkspolen bedarf nämlich des ostdeutschen Verwaltungsgebietes nicht, um seine Volkswirtschaft so zu entwickeln, daß sie den Anschluß an die europäische Wirtschaft findet. Bodenqualität und Klima sowie die längst

## HERBERT MARZIAN

überfällige Anwendung der modernen Anbaumethoden im polnischen Staatsgebiet würden z. B. eine bedeutende Steigerung der gegenwärtigen landwirtschaftlichen Erträge erreichen lassen, so daß eine gediegene Ernährungsgrundlage gesichert ist. Der durch die Einführung moderner Anbaumethoden frei werdende Teil der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte würde dem Aufbau nicht nur der Industrie, sondern vor allem auch dem verkümmerten Gewerbe zugute kommen. Eine allgemeine Belebung des Wirtschaftskreislaufes wäre die Folge. Welche Möglichkeiten sich hier z. B. für eine deutsche Wirtschafts- und Finanzhilfe ergeben im Zusammenhang mit einer Regelung der Territorialfrage auf der Grundlage internationalen Rechtes, braucht nur angedeutet zu werden.

Auf der Grundlage internationalen Rechtes hat aber gerade die deutsche Politik, die im Schatten unerhörter Gewalttat und Rechtsbrüche steht, konsequent und unbeirrbar zu handeln, wenn sie nicht erneut sich dem Verdacht internationaler Unzuverlässigkeit und das deutsche Volk dem Gift zynischen Rechtsopportunismus aussetzen will. Der Artikel 25 des Grundgesetzes macht dies der Bundesregierung zur Auflage. Das Recht ist nicht irgendein Motiv oder Mittel der Politik, sondern ihr ausschließlicher Orientierungspunkt. Jede Fahrlässigkeit im Umgang mit dem Völkerrecht, jede offene oder versteckte Brüskierung dieser Grundsätze, jede Hinnahme oder Anerkennung von Rechtsbrüchen — wie sie durch die beabsichtigte Annexion Ostdeutschlands durch Polen und die Massenvertreibung gegeben sind — wirken als Beispiel und ermuntern zu neuen Unrechtstaten. Zunehmend bemühen sich die Regierungen, ihre Handlungen im Lichte des internationalen Rechtsbewußtseins in Übereinstimmung mit den Völker- und menschenrechtlichen Grundsätzen zu halten. Der Vorwurf, ein Rechtsbrecher zu sein, wiegt heute schwer. Abgesehen von Gründen der politischen Vernunft haben wir den guten Grund, mit Geduld und nicht übereilt oder spekulativ für die Wiedervereinigung zu arbeiten, weil wir es auch im Dienst am Rechtsgedanken tun. Unser v/iedervereinigtes Vaterland soll in einer besseren Welt der Hort des Rechtes sein, das uns einig und frei macht. In diesem Sinne ist der Wissenschaft die ernste und verantwortungsvolle Aufgabe gestellt, der deutschen Politik mit Objektivität und fern jeder Spekulation grundlegende Kenntnisse und Einsichten zur Verfügung zu stellen.